

LEITARTIKEL

Uwe Schlicht

Wenn die Intelligenz abwandert – Binnenwanderung und Geburtenrückgang erschweren die Bildungspolitik im Osten

»Noch nie, seit dem Dreißigjährigen Krieg, hat es innerhalb einer so kurzen Zeit, das heißt innerhalb von zwei, drei Jahren, einen solchen Geburteneschnitt gegeben. Wir haben uns von 43 000 Geburten jährlich in den 80er Jahren auf zunächst 36 000 zurückentwickelt; in dem geburtenärmsten Jahr 1992 gab es nur noch 12 000 Neugeborene in Brandenburg.« Mit diesen Worten schildert *Steffen Reiche*, Bildungsminister in Brandenburg, die Misere. Brandenburg steht stellvertretend für den Geburteneinbruch und die rapide abnehmende Zukunftsperspektive in den neuen Ländern.

Konrad Adenauer pflegte in der Zeit, als er noch Oberbürgermeister in Köln war, bei seinen Reisen in die Reichshauptstadt Berlin das Rollo runter zu ziehen, wenn er die Elbe erreicht hatte. Jenseits der Elbe begann für ihn die Ödnis. Lange Zeit haben die Berliner dieses Verhalten als typisch westdeutsch oder rheinisch abgetan. Heute muss in Brandenburg die Ödnis neu definiert werden – und zwar als Folge von Geburtenrückgang und Binnenwanderung der aktiven jungen Ostbevölkerung gen Westen. *Steffen Reiche* sagt: »Wir leben in einem Land, wo schon jetzt wichtige Gebiete nur noch 60 Einwohner pro Quadratkilometer haben – das ist nach Aussagen der Vereinten Nationen unbesiedeltes Gebiet. Dazu muss man wissen, dass wir uns bis zum Jahr 2030 in der Prignitz, der Uckermark, im Fläming und im Oderbruch auf eine Siedlungsdichte von 30 Einwohnern pro Quadratkilometer hin entwickeln werden.«

1 Bevölkerungsschwund und Schulleistungen in den östlichen Bundesländern

Ein Kommentar, der mit Zahlen unterlegt werden kann: Zwischen 1993 und 2001 sind 40 000 junge Frauen im Alter von 18 bis 25 Jahren aus Brandenburg abgewandert. Das sind potenzielle Mütter, die dem Land für immer verloren gegangen sind. Hatte die alte DDR unmittelbar vor der Wiedervereinigung noch 16,7 Millionen Einwohner, so leben heute in den neuen Ländern einschließlich Ostberlins nur noch 15 Millionen Menschen. Die Abwanderung von Ost nach West ist mit der Wiedervereinigung nicht gestoppt worden, sondern umfasst Schätzungen zufolge inzwischen rund eine Million Bürger. Auf jeden Fall ist die Wanderung von Ost nach West höher als in umgekehrter Richtung. Der Geburteneinbruch in den neuen Ländern ist dramatisch von 198 000 im Jahr 1989 auf 80 500 zurückgegangen. Ein Ende der Abwärtsbewegung ist derzeit noch nicht abzusehen. Nach einer internen Berechnung des Statistischen Bundesamtes kann die Bevölkerung in den neuen Ländern bis zum Jahr 2050 auf 11 Millionen zurückgehen.

Macht sich dieser Bevölkerungsschwund im Schulniveau bemerkbar? Drei neue Länder haben bei den Tests im Leseverständnis und den Naturwissenschaften am schlechtesten abgeschnitten: Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und vor allem Brandenburg. Nur Sachsen und Thüringen fallen aus dieser Negativbilanz heraus. Liegt das daran, dass die Schulen in den drei Ländern im Osten besonders schlecht organisiert sind? Nein, sagt der renommierte Jugend- und Familienforscher *Hans Bertram* von der Humboldt-Universität zu Berlin. Das sei vor allem die Folge einer Negativspirale, die mit hoher Arbeitslosigkeit beginne und zur Abwanderung der ehrgeizigen und besonders befähigten Teile der Bevölkerung führe.

Bertram spekuliert nicht: Er hat die Ergebnisse der Intelligenzuntersuchungen von 250 000 Wehrpflichtigen im Alter von 18 bis 22 Jahren aus allen Regionen der Bundesrepublik ausgewertet, die das Autorenteam *Ebenrett, Hansen* und *Puzicha* im vergangenen Jahr veröffentlicht hat. Auf dieser Grundlage ist eine deutsche Landkarte der Intelligenz entstanden. Die schlechtesten Positionen auf dieser Landkarte haben die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Weit unterdurchschnittlich ist die Entwicklung in den Regionen Neubrandenburg, Neuruppin, Frankfurt/Oder, Magdeburg, Wittenberg und Halle, nur durchschnittlich in den Regionen Rostock, Stendal, Potsdam. Überdurchschnittlich ist die Intelligenz in Berlin, der Region Cottbus sowie in den meisten Gebieten von Sachsen und Thüringen verbreitet.

In Deutschland ragen als weit überdurchschnittlich und damit als Intelligenzregionen heraus: Fast ganz Bayern, Niedersachsen mit Teilen Schleswig-Holsteins um Hamburg sowie Hessen mit der Region Frankfurt-Wiesbaden, Nordrhein-Westfalen um Münster und Aachen sowie Baden-Württemberg mit der Region um Stuttgart. Der PISA-Vergleich unter den deutschen Ländern entspricht in signifikanten Fällen dieser Landkarte der Intelligenz: Am besten schnitten Bayern und Baden-Württemberg ab; Sachsen erreichte den dritten, Thüringen den sechsten Rang. Mecklenburg-Vorpommern mit Platz 13, Brandenburg mit Platz 14 und Sachsen-Anhalt mit Platz 15 stehen am Ende der Rangskala.

2 Vernichtung von Humankapital?

Bertram empfiehlt der Kultusministerkonferenz, PISA unter diesen Gesichtspunkten neu zu interpretieren und vor allem zu berücksichtigen, dass Arbeitslosigkeit, Geburtenrückgang und Binnenwanderung als Folgen epochaler Umbrüche das Bildungsverhalten ähnlich negativ beeinflussen wie die Herkunft aus unteren sozialen Schichten oder Ausländerfamilien. »In manchen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs sind bis zu einem Viertel der 18- bis 24-jährigen in den Westen abgewandert und kommen nicht zurück.« Das trug *Hans Bertram* bereits im Oktober 2003 der Kultusministerkonferenz vor.

Der Familienforscher *Bertram* kommt zu dem Schluss: »Die innerdeutsche Mobilität führt infolge hoher Arbeitslosigkeit in bestimmten Regionen Deutschlands zu einer Vernichtung von Humankapital, so dass diese Regionen auch unabhängig davon, wie gut die Schulen dort sind, in jedem nationalen Vergleich benachteiligt sein werden.« Die Bildungskarte von Deutschland werde auch künftig große Unterschiede aufweisen. Bestimmte Kreise und Gemeinden könnten eine optimale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche schaffen, weil dort genug Kinder und Jugendliche vorhanden sind, »während andere Regionen ihre Kinder und Jugendlichen schon deswegen benachteiligen, weil es dort einfach nicht genug von ihnen gibt.«

Wenn die Geburtenzahl auf die Hälfte sinkt, verlieren zahlreiche Dörfer ihre Schulen und damit ihren kulturellen Mittelpunkt. Wer mit Eltern und Bürgermeistern in den ländlichen Regionen spricht, hört immer wieder: Für die Jugendlichen ist der Badesee im Sommer die einzige Attraktion – im Winter ist es die Disco in der nächstgelegenen Stadt. Das ist auch eine Folge der Wiedervereinigung, als die meisten Jugend- und Freizeiteinrichtungen der DDR geschlossen wurden, weil nach der Wende solche umfassende Staatsbetreuung aus der Mode gekommen war. Durch die zweite Schließungswelle, die jetzt viele Schulen erfasst, veröden noch mehr Dörfer.

Die Zahlen in Brandenburg zeigen genau das: 1995 gab es noch 663 Grundschulstandorte in Brandenburg – nach Überwindung der Geburtenkrise werden langfristig nur noch 450 Grundschulstandorte sicher sein. Von einst 283 Gesamtschulen werden 177 aufgelöst und nur noch 106 bleiben langfristig stabil. Von 100 Gymnasien werden 22 aufgelöst und 78 bleiben erhalten, von 76 Realschulen stehen 28 zur Disposition und nur 48 werden bleiben. Allein in Brandenburg wird die Zahl der Schüler von 81 600 im Jahr 2000 auf 40 400 im Jahr 2020 zurückgehen. Diesen dramatischen Einbruch in seinen Folgen zu mildern, ist Aufgabe der Jugend- und Bildungspolitik.

Wenn die Schulwege immer länger werden, dann bietet sich das Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung als Ausweg geradezu an. Da die Sekundarschüler schon am Tag zwei Stunden nur für den Schulweg verlieren, ist es besser, sie in den Städten dann möglichst auch noch in ihrer Freizeit zu betreuen als sie in ihre Dörfer zurückzuschicken, wo eine Freizeitgestaltung nur noch auf dem Fußballplatz oder im Sommer am See stattfinden kann. Den Nachmittag kann man besser nutzen. Im Laufe der nächsten Jahren sollen 125 Grundschulen und 120 Schulen in der Sekundarstufe I in Brandenburg für Ganztagsangebote sorgen. Dann wäre ein Drittel der Schüler am Nachmittag versorgt.

Das klingt gut, aber trotzdem warnt *Hans Bertram* vor Illusionen: In Westdeutschland könne die Ausweitung des Bildungsangebots auf den Vorschulbereich und bis in den Nachmittag hinein eine neue Vielfalt schaffen. Im Osten hingegen werde es außerhalb der wenigen erfolgreichen Regionen auf längere Sicht nur eine Reduktion von Angeboten geben.

Hans Bertrams Thesen haben ein widersprüchliches Echo ausgelöst. Die Kultusministerkonferenz hat seinen Vortrag zur Kenntnis genommen, aber nicht veröffentlicht. Bleibt das Schweigen die einzige Reaktion? Immerhin hat das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in seinem großen Bericht über das Bildungswesen in der Bundesrepublik¹ herausgestellt: »Mehr als zehn Jahre nach der Vereinigung sind die regionalen Disparitäten in Deutschland größer, als sie es je waren.« Und dann wird aufgezählt, was an Fakten nicht zu leugnen ist: Die Arbeitslosenquote liegt zwischen 17 und 22 Prozent, der Einbruch der Geburtenquoten nach der Vereinigung hat inzwischen 50 Prozent erreicht. Selbst die Binnenwanderung ist dem Max-Planck-Institut nicht verborgen geblieben: »Die Wanderungsverluste der neuen Bundesländer sind in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen mit einer Quote von über zehn Prozent in zehn Jahren geradezu dramatisch – mehr als zwei Drittel entfallen auf die jungen Frauen.«

Aber der Schluss, den *Hans Bertram* aus der Misere gezogen hat, – dass mit diesem Wanderungsverlust ein dauerhafter Qualitätseinbruch einhergeht und von daher auch unter den verbleibenden Bevölkerungsschichten das Intelligenzpotenzial dünner wird – ist den Empirikern im

1 Vgl. hierzu auch Richter, in diesem Heft, S. 245.

Max-Planck-Institut nicht geheuer. Denn *Bertram* liegt nahe bei dem, was Bildungsminister *Steffen Reiche* offen ausspricht: »Ich finde es zynisch und auch ein wenig ehrabschneidend, wenn man in den Ländern, die eine besonders geringe Arbeitslosigkeit haben und über viele hochqualitative Arbeitsplätze verfügen, glaubt feststellen zu können, dass die guten PISA-Ergebnisse allein Ausdruck von richtiger Bildungspolitik sind. Das ist mitnichten so.«

Eine solche Aussage tangiert die Grundsatzfrage, ob Intelligenz vererbt oder durch guten Schulunterricht besonders gefördert wird. Den Max-Planck-Forschern passt bei den Thesen von *Hans Bertram* die ganze Richtung nicht. Bei einem internen Gedankenaustausch von Bildungsexperten im Potsdamer Schulministerium am 19. Januar 2004 sagte *Jürgen Baumert*, der Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung: »Die Intelligenz ist von dem Schulunterricht abhängig, sie wird stark beeinflusst durch Familie und Peergroups«. Dass die Arbeitslosigkeit einen negativen, wenn auch in den Proportionen geringen Einfluss auf die Intelligenzentwicklung haben kann, räumen die Bildungsforscher ein. Aber weiter gehen sie nicht. *Petra Stanert* vom deutschen PISA-Konsortium bringt ihre Kritik auf den Punkt: »Wir finden keinen Zusammenhang von Wanderungsbewegung und Leistungsentwicklung.«

Wahrscheinlich bekommt *Bertram* von Politikern mehr Aufmerksamkeit als von Bildungsforschern. Denn die Politiker müssen schneller handeln als Bildungsforscher ihr Terrain erforschen können. Seitdem die Recherchen der von Wirtschaftsminister *Wolfgang Clement* eingesetzten »*Dohnanyi-Kommission*« veröffentlicht worden sind, wird über die negativen Folgen von Geburtenrückgang und Wanderungsbewegung genauso nachgedacht wie über fehlgeleitete Milliardenhilfen für den Osten².

In einer Sonderausgabe der Brandenburgischen Hefte für Wissenschaft und Politik (Perspektive 21) schreibt der westdeutsche Experte für Existenzgründungen *Jörg Aßmann* vom »Gespenst des Mezzogiorno«: »Arbeitslosigkeit von fast 20 Prozent in den neuen Bundesländern, ungeminderte Abwanderung junger Menschen mit den beiden Konsequenzen einer überalternden Bevölkerung und dem Verlust von Humankapital und Kreativität, ein weiter steigendes Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost sowie eine gesamtdeutsche Wachstumschwäche als Folge der Transferpolitik – das sind wichtige Eckpunkte der Schlussbilanz der bisherigen Einheitspolitik. Statt der einst versprochenen blühenden Landschaften besteht die ernsthafte, von nicht wenigen Experten prognostizierte Gefahr, dass sich Deutschland auf Jahrzehnte hinaus mit einem zweiten Mezzogiorno konfrontiert sehen könnte.« Was sagt dieser Vergleich? In Italien hilft der reiche Norden dem armen Süden, in der Bundesrepublik sind dauerhafte Milliardentransfers vom Westen in den Osten – zumindest bis zum Jahr 2019 – schon zugesagt.

3 Die Folgen von neuen föderalen Strukturen für die östlichen Bundesländer

Nicht nur in der Schulpolitik muss nach den so unerwarteten negativen Folgen der Wiedervereinigung neu gedacht werden. Auch die Föderalismusdiskussion krankt daran, dass sie von den Interessen der großen Länder im Westen und Süden der Republik dominiert wird und die neuen Länder im Osten eher wie Zuschauer am Rande wirken. Bund und Länder streiten sich unter dem Einfluss von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen über eine Neuaufteilung der Zuständigkeiten und eine möglichst weitgehende Entflechtung des ko-

2 Der SPIEGEL, Nr. 15/2004.

operativen Föderalismus. Mit andern Worten, die Mischfinanzierung von Bund und Ländern soll in weiten Bereichen beendet werden. Das kann dramatische Folgen für den Osten haben. Denn zwei Bereiche erscheinen besonders gefährdet: die Zukunft der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau und die Weiterfinanzierung der Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL).

Im Hochschulbau sind bisher sechs Milliarden Euro in die neuen Ländern geflossen. Das ist eine gewaltige Summe, und viele Universitäten und Fachhochschulen im Osten können mit einer hochmodernen Geräteausstattung in renovierten Gebäuden glänzen. Aber angesichts der Finanznot der meisten Länder würde sich ohne die Bundesgelder im Hochschulbau von Sachsen bis Mecklenburg-Vorpommern kaum noch etwas bewegen. Nur weil der Bund die Hälfte der Gelder für Sanierungen, Neubauten und neue Großgeräte beisteuert, zwingt er die Länderparlamente und die Ministerpräsidenten im Osten zur Gegenfinanzierung. Häufiger würden die Länderparlamente andere Prioritäten setzen, als in den Ausbau der Hochschulen zu investieren: Weil es eine alte Malaise der Demokratie ist, dass die Politiker in den Zeiträumen von Legislaturperioden denken und bei den nächsten Wahlkämpfen schnellere Erfolge beim Bau von Schwimmbädern, Straßen, Sporthallen und Spielplätzen erzielen als mit Voraussagen, die erst nach 15 Jahren durch eine bessere Hochschulbildung für mehr Landeskinder eintreten können. Es ist das Geheimnis des Hochschulbaus: Wenn der Bund nach langer Abstimmung mit anderen Ländern Berlin, Dresden, Leipzig, Greifswald oder Jena den Zuschlag gibt, dann muss das Land gegenfinanzieren, ob es will oder nicht. In Berlin ist die Finanzmiserie inzwischen so dramatisch, dass das Land seinen Anteil zur Gegenfinanzierung nicht mehr aufbringt, sondern den Universitäten sagt, wenn sie ein neues Projekt vom Bund mitfinanziert bekommen wollten, dann müssten sie den Landesanteil selbst erwirtschaften – durch Verkäufe von Gebäuden und Grundstücken und Ersparnisse bei den Mieten. Die Humboldt-Universität in Berlin kommt nur so zu einer neuen Bibliothek und einem Neubau für die Germanisten. Der Hochschulbau in Länderverantwortung – das kann Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen Vorteile bringen. Dem Osten dient das mitnichten.

Ähnlich ist es mit den Forschungsinstituten der Leibniz-Gemeinschaft. Bund und Länder denken darüber nach, ob die Forschungsförderung neu geordnet werden soll. Der Bund möchte am liebsten die Großforschung der Helmholtz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Institute sowie die Fraunhofer-Institute allein finanzieren. Die Länder wollen wenigstens bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und bei den Max-Planck-Instituten den Fuß in der Tür behalten – durch Mitfinanzierung und Mitbestimmung. Um die Institute der Leibniz-Gemeinschaft bewirbt sich niemand. Man schweigt sie weitgehend tot. Es rächt sich, dass die aus den Provisorien der »Blauen Liste« nach der Wiedervereinigung hervorgegangene Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz nie als neue Säule der deutschen Wissenschaftslandschaft wirklich ernst genommen wurde.

Nach der Wiedervereinigung sind zu den 40 westdeutschen Einrichtungen der »Blauen Liste« weitere 40 aus der DDR hinzugekommen. Was von den Akademie-Instituten der DDR erhaltenswert erschien, aber nicht in einer renommierten Organisation aufzufangen war, wurde in die »Blaue Liste« abgeschoben. Nach dem Zusammenbruch der Industrieforschung im Osten lebt die Forschung zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen vor allem von den Instituten der Leibniz-Gemeinschaft. Der Technologiepark in Berlin-Adlershof wäre ohne die Leibniz-Institute nicht arbeitsfähig. Was passiert, wenn niemand die Leibniz-Institute auf Dauer übernehmen will oder ihre Zukunft allein der Länderfinanzierung anvertraut wird? Dann stehen die armen Länder im Osten erneut im Regen da – nach dem Zusammenbruch der

Industrieforschung könnte dann noch der Zusammenbruch der Forschungsinstitute folgen. Wer kann das wollen? Eigentlich niemand. Wer nimmt diese Gefahr zur Kenntnis? Außer den Betroffenen eigentlich auch niemand.

Trotz der Milliardentransfers fehlt es an Fantasie, wie man dem Osten wirklich helfen kann. Weder Wissenschaftler noch Politiker denken seriös darüber nach, wo die Hebel im Osten wirklich anzusetzen sind. Es wäre schon etwas erreicht, wenn die Wissenschaftler sich darauf besännen, vielleicht einmal so schnell empirische Forschungsergebnisse vorzulegen, dass sie noch rechtzeitig genug Einfluss auf die Politik nehmen können. Da müssen Professoren allerdings das Risiko auf sich nehmen, dass sie mit ihren Ratschlägen genauso richtig oder falsch liegen können wie die handelnden Politiker.

Verf.: Dr. h.c. Uwe Schlicht, Möllerpfad 2, 14167 Berlin